Dienstag, 25. September 1923. Einzelnummer 2000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 217.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt . . . . . 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 1500.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M., Reklameteil 4000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Weltpolitik der Woche.

Als das wichtigste Ereignis der vergangenen Woche gilt im allgemeinen ein Frühstück, das der englische und der französische Premierminister am Mittwoch, dem 19. d. Mts., in der englischen Botschaft in Paris gemeinsam einnahmen. Dieses Frühstück war begleitet von einem politischen Meinungsaustausch, dessen Zeugen außer den beiden Staatslenkern nur noch zwei Engländer waren, die zu strengster Verschwiegenheit verpflichtet sind. Die Wißbegier der Welt wurde durch einen wenige Zeilen umfassenden Bericht, den die englische Botschaft und das französische Außenministerium gleichlautend ausgaben, recht unvollkommen befriedigt. Monatelang hat eine starke diplomatische Spannung zwischen England und Frankreich geherrscht, die Ruhrbesetzung war in einer englischen Note für unrechtmäßig und als eine Gefahr für den Weltfrieden erklärt worden. Jetzt soll nach dem Communiqué der englischen Botschaft mit einem Mal keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mehr bestehen.

Selbstverständlich muß man den Angaben des Berichtes mit großem Mißtrauen gegenüberstehen. Gewiß hat Poincaré einen diplomatischen Sieg davongetragen. England fühlt sich noch nicht zur letzten Entscheidung gerüstet. Aber daß jetzt mit einem Male Frankreich und England außenpolitisch ein Herz und eine Seele sein werden, das glaubt wohl niemand. Wenn es keinen Meinungsunterschied zwischen Frankreich und England mehr gäbe, so spottet die Londoner „Pall Mall Gazette", so müsse das Frühstück in der englischen Botschaft das „ausgleichendste" gewesen sein, das man jemals Politikern vorgesetzt habe. Das Menu sollte zum Gebrauch aller europäischen Kanzleien veröffentlicht und der Küchenchef zum Marquis ernannt werden. Nach Ansicht der politischen Kreise Londons sagt und bedeutet das Comuniqué nichts. In Wirklichkeit sei nichts erreicht, und die Lage sei die gleiche wie früher.

Für Deutschland wichtig ist jedenfalls die Erkenntnis: England wird keine ernsten Schritte gegenüber Frankreich unternehmen. Die gegenwärtige Lage wird von Baldwin notgedrungen als vollendete Tatsache anerkannt. Die Franzosen versprechen England auch, alle englischen Interessen würden bei der Regelung der französisch-deutschen Krise vollkommen berücksichtigt werden. Im besetzten Gebiet allerdings merkt man von einer Rücksicht auf den Verbündeten wenig. Der englische Unterricht an deutschen Schulen ist verboten, belgische Offiziere befreien Kommunisten, die auf englische Anordnung verhaftet wurden.

Eine Vorbereitung für die Unterredung mit Baldwin waren die beiden Reden, die Poincaré am vorigen Sonntag hielt. In ihnen wird das Angebot Stresemanns überhaupt nicht erwähnt. Sie scheinen vor allen Dingen für England gehalten. Poincaré betont starrsinnig, daß nach dem formalen Recht laut Versailler Vertrag allein die Reparationskommission die deutschen Zahlungen festzusetzen habe. Ferner beklagt sich der Lenker Frankreichs darüber, daß Deutschland „vor der Welt die tapferen und treuen schwarzen Truppen Frankreichs verleumde". Deutschland wolle nicht, daß Frankreich durch Hinzuziehung seiner Schwarzen zu einem Volk von 100 Millionen werde. Endlich wendet sich der große Advokat in wortreichen Ausführungen gegen den Plan eines Garantiepaktes zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Deutschland seine Pflichten erfüllt habe, könne es in den Völkerbund eintreten, und damit würden sich dann auch beide Länder gegenseitig ihre Grenzen garantieren. Diese ganzen Ausführungen zeigen das Ziel der französischen Staatslenker, die erst dann Ruhe haben werden, wenn sie Deutschland vollständig niedergeworfen und zerstückelt haben. Man sieht, daß der Geist des Herrn Poincaré und der Leute seines Schlages „ausschließlich in deduktivem Sinne arbeitet; seine Konstruktionen sind nur Ableitungen, seine Erfindungen nur Syllogismen". Mit der fanatischen Verehrung des Juristen klebt er an dem Wortlaut des Versailler Vertrages, dessen Paragraphen er jedoch ohne Sinn und Anstand auslegt. „Wir handeln", so schrieb schon vor zwei Jahren ein junger französischer Schriftsteller in einer der ersten Zeitschriften, „als ob die Politik einzig eine „cosa mentale" wäre. Wir verwenden eine unerhörte Aktivität dazu, dem Wirklichen eine Form aufzudrücken, die es ersichtlich nicht will. Das Gefühl für Widerstände fehlt uns absolut. Wir treiben beständig vor uns die Paragraphen unseres Rechtes wie eine Herde her, die wir veranlassen wollen, eine Mauer hinaufzuklettern."

Die „Journée Industrielle" wies dieser Tage hin auf den Mangel an genauen Vorstellungen über das Reparationsproblem bei den französischen Staatslenkern. Die Auffassung der offiziellen Stellen sei ausschließlich von rein fiskalischen Gesichtspunkten beherrscht, was jedes lebendige System ausschließe. Man gehe an der Tatsache vorbei, daß die Bezahlung der Reparationen nicht möglich sei aus dem erworbenen Reichtum, der in Deutschland längst aufgezehrt oder in alle Winde zerstreut sei, sondern nur aus den Einkünften der deutschen Volkswirtschaft. Die Hauptschwierigkeit sei die, Deutschlands wirtschaftliche Aktivität wieder herzustellen und zu begünstigen, zu gleicher Zeit jedoch zu verhüten, daß sie Frankreich schade. Diese von den französischen Wirtschaftskreisen vertretene ökonomische Lösung sei die einzige, die aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführen könne.

An der ganzen diplomatischen Tätigkeit der deutschen Regierung kann man merken, daß diese, gezwungen durch die Währungskatastrophe, allen Ernstes an der Arbeit ist, zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen, was natürlich ohne eine Reihe von Konzessionen nicht möglich ist. Vor allem denkt man offenbar recht intensiv über eine Wiederherstellung der Produktivität des Ruhrgebietes in Zusammenarbeit mit den Franzosen und von einer militärischen Räumung nach. Allerlei Beratungen und Besprechungen finden fast täglich dieserhalb statt. Offenbar ist eine bedingungslose Unterwerfung eine vollkommene Unmöglichkeit. Eine Preisgabe der staatlichen und wirtschaftlichen Lebensrechte Deutschlands würde geradezu verheerende Folgen für die Lage Deutschlands haben und das deutsche Volk in eine noch schlimmere Lage bringen als die jetzige. Selbstverständlich muß allen Verurteilten Amnestie gewährt werden. Alle Ausgewiesenen müssen zurückkehren, die deutsche Verwaltung wiederhergestellt, das Wirtschaftsleben und der Verkehr von allen Fesseln befreit werden. Auch der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, Johann Bredemann in Essen, warnte vor einer bedingungslosen Unterwerfung, falls die Gegenseite eine Verständigung im Ruhrkonflikt ablehnen sollte. Die deutschnationale Partei sprach sich scharf gegen die Regierungspolitik aus und erklärte, daß sie jede Verantwortung für ein Kapitulation ablehnen müsse. In einer Versammlung der deutschnationalen Reichstagsmitglieder wurde betont, daß eine Kapitulation nicht ohne starke Beunruhigung in der deutschnationalen Wählerschaft bleiben werde. Man sehe einer solchen Entwicklung mit schweren Bedenken entgegen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Meinungen bei der deutschen Volkspartei und beim Zentrum nicht einheitlich seien. Die deutsche Volkspartei jedoch nimmt in ihrer „nationalliberalen Korrespondenz" scharfe Stellung gegen die deutsch-nationale Erklärung und legt den Deutschnationalen vier Fragen vor, und zwar erstens: Wie sich die Partei die weitere Finanzierung des Abwehrkampfes und die Gestaltung der deutschen Währung denke. Wie sie sich ferner die Fortsetzung des passiven Widerstandes durch die Bevölkerung unter Berücksichtigung aller moralischen Imponderabilien und wirtschaftlichen Voraussetzungen denke und welche Mitteilungen der deutschnationalen Partei hierüber tatsächlich zugegangen seien. Endlich fragt die nationalliberale Korrespondenz noch, wenn der Kampf als machtpolitischer Kampf ausgetragen werden solle, wo dann die hierzu erforderlichen Machtmittel seien. Es wird allerdings schwer sein, hierauf eine befriedigende Antwort zu finden. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß nicht Deutschland trotz alledem in die Zwangslage versetzt werden kann, den passiven Widerstand noch monatelang fortzuführen. Ein großes Unglück wäre es, wenn Deutschland vertrauensselig wie 1918, auf Frankreichs Einsicht hoffend, in eine Verständigung „hineinstolpern" würde.

Was die deutsche Wirtschaftskatastrophe anbetrifft, so hat am Donnerstag der Finanzminister Hilferding eine zunächst erfolgreiche Offensive gegen den Dollar unternommen. Ob dieser Erfolg von Dauer sein wird, bleibt anzuwarten, man sieht aber doch, daß eine entschiedene Finanzpolitik manches erreichen kann. So liegt Deutschlands künftiges Schicksal ganz und gar im Dunkel und man weiß nicht, ob es der deutschen Regierung gelingen wird, das Staatsschiff durch die klippenreichen Gewässer der gegenwärtigen Weltpolitik unversehrt zu steuern. Daß sein Unglück und seine Hilflosigkeit auf seiner Entwaffnung beruht, liegt klar vor Augen.

Überall in der Welt zeigt sich eine Bewegung die an die Gewalt appelliert und die militärische Macht in die Wagschale wirft, um die letzten Entscheidungen zu erzwingen. So beantwortete Italien die Ermordung seiner Offiziere durch griechische Banden mit der Beschießung von Korfu und der Besetzung eines Teils der Insel. Dem Völkerbunde kündigte Mussolini den Gehorsam, und erst ein Spruch der Botschafterkonferenz brachte die Beilegung der Differenz. Kaum war diese Frage erledigt, so ließ der italienische Ministerpräsident auf einen Hilferuf des Stadtpräsidenten von Fiume diese Freistadt durch eine starke Truppenmacht unter Führung des Generals Giardino besetzen und beauftragte diesen, die Verwaltung der Stadt zu übernehmen.

Südslawien, das hierdurch beeinträchtigt wird, zeigt dem gegenüber wenig Aktivität. Dies Land ist auch im Inneren zerrüttet durch die kroatischen Sonderbestrebungen. Die Spaltung zwischen dem Ministerpräsidenten Pasitsch und dem kroatischen Führer Raditsch ist so tief geworden, daß Raditsch vor Gericht gestellt werden sollte. Er ist aber nach London entflohen. Auf serbischer Seite spielt man mit dem Gedanken, vom Föderalismus kurz entschlossen zum Unitarismus überzugehen und dabei das Opfer einer Abstoßung der rein kroatischen Gebiete zu bringen. Raditschs Anhänger vertreten diese Lösung. Auch in der Fiumefrage ist die Belgrader Regierung kühl, aber es fragt sich, ob Pasitsch, der keine Diktatorennatur wie Mussolini, sondern ein mit allen Wassern gewaschener Balkandiplomat ist, die Volksleidenschaften wird zügeln können.

Auch mit Bulgarien hat Belgrad Verwicklungen. Ungefähr 8000 Komitatschis haben die bulgarische Grenze überschritten und sind in Serbien eingedrungen. Infolgedessen richtete Belgrad eine scharfe Note nach Sofia, und in der Tat scheint die Regierung Cankow gegen das mazedonische Bandenunwesen Schritte zu unternehmen, so daß bereits eine gewisse Entspannung eingetreten ist.

In Spanien hat General Primo di Rivera die Regierung in die Hand genommen. Der König mußte auf sein Betreiben das Kabinett entlassen, und an seine Stelle wurde ein ausschließlich aus Generalen bestehendes Militärdirektorium eingesetzt. Der Hauptgrund zu dieser Regierungsänderung, die kampf- und geräuschlos vor sich ging, waren die Mißerfolge Spaniens in Marokko. Die neue Regierung hat sofort eine Offensive begonnen, zunächst, indem sie einen marokkanischen Hafen bombardierte. Das Parlament ist aufgelöst. Die ganze Bewegung hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem italienischen Faszismus.

Noch einen Blick aus dem fernen Osten. Japan ist durch das große Erdbeben zwar schwer geschädigt, zeigt aber bereits, daß es mit aller Energie am Wiederaufbau arbeiten wird. In der Konferenz von Washington war Japan als Gegenleistung dafür, daß die japanische Regierung gegenüber England und den Vereinigten Staaten in ein Verhältnis der Flottenstärke von je 5 zu 3 einwilligte, zugesagt worden, daß die beiden angelsächsischen Mächte in einem bestimmten Raume um Japan her keine Flottenstützpunkte anbauen würden. Inzwischen bauen jedoch am Rande der japanischen Einflußsphäre England in Singapore, die Vereinigten Staaten in Harbour auf den Hawai-Inseln Kriegshäfen von gewaltigen Ausmaßen. Obwohl Japan seine wirtschaftlichen Unternehmungen in Korea und der Mandschurei teilweise mit angelsächsischem Kapital finanziert, so haben die Angelsachsen doch in China den Boykott gegen alle japanischen Waren organisiert, wobei sich besonders die chinesischen Studenten ihnen zur Verfügung stellen. Der amerikanisierte Wellington Ko wurde Außenminister für Nordchina. In Japan ist demgegenüber ein Bestreben zu beobachten, sich Moskau anzunähern. Die Verhandlungen, deretwegen Joffe schon monatelang in Ostasien weilt, kommen freilich nur langsam in Fluß, da der Gegensatz der beiden Regierungen ursprünglich eine große Schärfe hatte.

Aus Polen Ausgewiesene erheben ihre Stimme.

Während der Völkerbundstagung in Genf sind u. a. auch Vertreter sämtlicher Minderheiten in Polen zu einer Tagung zusammengetreten. Vertreten sind Litauer, Ukrainer, Weißrussen, Deutsche und Juden und zwar durch Männer, die den Minderheiten angehören und aus Polen ausgewiesen worden sind. Das Material, das die betreffenden Vertreter über die Leiden ihrer Stammesgenossen in Genf zusammengetragen haben, ist sehr umfangreich und hat Veranlassung gegeben, in kürzester und knappster Form einen feierlichen Protest an sämtliche in Genf versammelten Vertreter des Völkerbundes und des Völkerbundsrates zu überreichen.

Das Währungsabkommen zwischen Polen und Danzig.

Aus Genf wird gemeldet, daß im Sekretariat des Völkerbundes zwischen dem Kommissar Polens Minister Błucíński und dem Danziger Senator Volkmann ein Vertrag geschlossen wurde, über die Währungsreform in Danzig Dieses Abkommen wird dem Völkerbundsrat vorgelegt werden.

Die neue Valuta, die im Januar 1924 in Danzig eingeführt werden soll, wird sich auf das englische Pfund stützen. Der 25. Teil eines Pfunds Sterling wird den Wert eines Danziger Guldens darstellen. Durch die Einführung dieser Valuta wird nicht vorgegriffen einer Entscheidung über die in Artikel 26 der Danzig-polnischer Pariser Konvention vorgesehene Möglichkeit einer Umgestaltung des Münzsystems Danzigs und Polens.

Das jetzt getroffene Abkommen sieht vor die Beteiligung Danziger Banken, die mit polnischem Kapital arbeiten oder unter dem Einfluß Polens stehen, an der neu zu gründenden Danziger Emissionsbank. Polen hat seine Zustimmung dazu erklärt, daß die Danziger Valuta in der polnischen Emissionsbank notiert wird. Ferner hat Polen erklärt, daß es die neue Danziger Valuta von allen seinen Kassen annehmen lassen wird und ihr die Rechte einer meistbegünstigten Valuta gewähren wird. Das Danziger Geld soll nach Aufhebung der Devisenbeschränkungen rechtlich dem polnischen Gelde gleichgestellt werden. Bei Abschluß von Verträgen auf der Grundlage der Danziger Valuta innerhalb der Republik Polen sollen keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Der Senator Volkmann hat sich nach London begeben, um dort über Kredite für die Danziger Emissionsbank zu verhandeln.

Ein Vertrag zwischen Polen und Belgien.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der Außenminister Jaspar und der bevollmächtigte Minister Polens Sobański unterzeichneten die Ratifizierung des Handelsabkommens, das am 30. Dezember vorigen Jahres zwischen Belgien und Luxemburg auf der einen und Polen auf der anderen Seite getroffen wurde. Das Abkommen erhält Rechtskraft 15 Tage nach der Ratifizierung.

Gleichzeitig wurde ein Abkommen ratifiziert, das die Regulierung zivilrechtlicher Angelegenheiten zwischen Bürgern der genannten Länder betrifft.

Republik Polen.

Der Staatspräsident

reist demnächst nach Wilna.

Roman Dmowski

ist, wie polnische Blätter melden, in Warschau eingetroffen und vom Ministerpräsidenten Witos empfangen worden.

General Haller

reist in den nächsten Tagen nach Amerika. Ende der vorigen Woche wurde er vom Ministerpräsidenten empfangen, der eine längere Besprechung mit ihm hatte.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Łopuszański

ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Der Eisenbahnminister

äußerte sich gegenüber einem Vertreter der „Agencja Wschodnia" über die Grundsätze der Sparmaßnahmen bei der Eisenbahn. Den Tarifen soll ein wertbeständiger Goldmaßstab zugrunde gelegt werden. Die Eisenbahn muß ein Unternehmen darstellen, das ohne Fehlbeträge wirtschaftet. Die jetzigen Fehlbeträge werden freilich in Wirklichkeit schon jetzt von dem Wert des Inventars in den verschiedenen Eisenbahndirektionen gedeckt, und wenn man den Wert des Reserveinventars berechnet, dann erweisen sich diese Fehlbeträge letzten Endes erst recht als rein theoretisch.

Der Piastenklub des Sejm

hielt am Sonnabend eine Vorstandssitzung ab, in der der Fraktionsvorsitzende Dębski ein Bild der politischen Lage entwarf. Nach seinem Referat fand eine ausgedehnte Aussprache statt, an der die Abgeordneten Kluta, Erdman, Bobek, Pawłowski, Pieniążek, Bednarczyk, Senator Średniawski und andere teilnahmen. Die Versammelten sprachen sich für Einberufung des Sejm erst nach dem 15. Oktober aus, da gegenwärtig es noch an Material für die Vollsitzungen fehlt. Was die Ausschüsse und besonders den Landwirtschaftsausschuß betrifft, so sprach sich der Vorstand des Piastenklubs für einen Beginn der Ausschußberatungen am 1. Oktober aus. Einige der von dem Klub in dieser Sitzung beschlossenen Forderungen werden von dem Vorstand des Klubs der Regierung vorgelegt werden.

Die Schulnöte der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien

behandelt die „Kattowitzer Ztg.", indem sie unter der Überschrift „Zweierlei Maß" berichtet (Nr. 215, Sonnabend, den 22. Sept. 1923):

„In Rybnik bemüht sich die deutsche Minderheit seit Jahresfrist um einige wenige Räume für eine deutsche Privatschule. Doch kein Plätzchen ist vom Wohnungsamt bzw. Magistrat wegen des „katastrophalen" Raummangels zu erlangen. Auch die Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission, daß der deutschen Minderheit zur Errichtung einer Privatschule rechtzeitig Räume so zur Verfügung zu stellen sind, daß der Unterricht am 1. September aufgenommen werden könne, konnte aber wegen der Wohnungsnot nicht nachgekommen werden. Aber — — — den polnischen Ursulinen hat der Magistrat inzwischen zur Errichtung eines Pensionats und eines Lyceums einen ganzen Gebäudekomplex zur Verfügung gestellt in Form eines Geschenkes.

„In Pleß hat man plötzlich durch eine an den Leiter der Anstalt am ersten Schultage ergangene Verfügung die seit Jahren bestehende private Vorschule aufgelöst. Aber — — — am dortigen polnischen Gymnasium hat man sogenannte — für die Sexta — vorbereitende Klassen errichtet — auf deutsch Vorschulklassen.

An den deutschen Privatschulen ist gebürtigen oberschlesischen Lehrern, die das Polnische gut beherrschen, darunter solchen, die eine regelrechte Lehrbefähigung im Polnischen erworben haben, die Erteilung des polnischen Sprachunterrichtes untersagt worden. Gründe: Man kann es nicht verantworten, daß sich die oberschlesischen Schüler ein „dialektisches" Polnisch aneigneten. Aber — — — an den polnischen — höheren wie Volksschulen — zwingt man oberschlesische Lehrer, die sich nur für den Dienst an Minderheitsschulen gemeldet haben und von denen sogar einzelne nach eigenen Versicherungen der Schulbehörde gegenüber das Polnische nur sehr mangelhaft beherrschen, in den polnischen Abteilungen in polnischer Sprache zu unterrichten.

Die höheren polnischen öffentlichen Schulen haben in den polnischen Abteilungen den Unterricht am 4. September voll aufgenommen. Aber — — — keine einzige deutsche höhere Minderheitsschule ist bis jetzt eingerichtet.

Die bevorstehende Erhöhung der Postgebühren.

Über die Erhöhung der Postgebühren, die am 1. Oktober in Kraft treten soll, wird gemeldet: Die Inlandsgebühren werden um 200 %, die Auslandsgebühren um 250 %, die Überweisungsgebühren um 100 % erhöht werden. Der gewöhnliche Inlandsbrief wird also 3000 Mk. kosten, die Inlandspostkarte 1500 Mk., der Auslandsbrief 5000 Mk., Einschreiben eines Briefes 3000 Mk., ein Eilbrief im Innenverkehr und ins Ausland 10 000 Mk. Die Telegrammgebühren sollen um 200 % erhöht werden. Fernsprechgebühren im Fernverkehr um 233 %. Das Fernsprechabonnement in der Stadt für Oktober soll um 200 % mehr betragen als das bisherige Abonnement. Für November tritt eine abermalige Erhöhung des Abonnements um 66 % in Kraft.

Das Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht

bildete den Gegenstand der Beratungen des wirtschaftlichen Ausschusses des Senates am 22. September. Das Referat über den Entwurf, durch den einige Bestimmungen des Dekretes vom 8. Februar 1919 geändert werden sollen, wurde dem Senator Zubowicz übertragen. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

Verurteilung eines Mörders.

Nach dreitägiger Verhandlung wurde am Sonnabend im Warschauer Bezirksgericht das Urteil gesprochen in der Sache gegen den Landwirt Władisław Niwiński, der am 18. Mai in Warschau den Vizepräsidenten des Hauptlandamtes Olewiński ermordete. Das Gericht verurteilte ihn zum Verlust der Rechte und zu acht Jahren schweren Kerkers. Die Zivilansprüche der Familie des Ermordeten wurden auf 143 900 000 M. festgesetzt.

Eine Grubenkatastrophe.

In der Grube Reeden in Dąbrowa Górnicza entzündete sich am vorigen Donnerstag eine Kohlenschicht, was zu einem Brande führte, dessen Opfer 36 Bergleute wurden. Von den Getöteten wurden bis jetzt 28 geborgen. Außerdem wurden 50 Bergleute schwer verwundet. Die Rettungsaktion ist in vollem Gange.

Zwei bemerkenswerte Presseprozesse.

Wie die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau in Polen" berichtet, wurde am Freitag der vorigen Woche zweimal gegen den Schriftleiter dieses Blattes, Johannes Kruse, verhandelt, einmal vor der Strafkammer, das zweite Mal vor dem Schöffengericht.

Im ersten Falle handelte es sich um einen Artikel, der unter der Überschrift „Hottentottengesetze" in der „Deutschen Rundschau erschienen war. In diesem Artikel, der lediglich eine Gerichtsverhandlung über eine Privatklage des Rechtskonsulenten Krause gegen den Richter Staszkiewicz wiedergab, die vor dem Schöffengericht zum Austrag kam, erblickte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen §§ 185, 186 St.-G.-B. (Beleidigung, Verleumdung) und erhob gegen Kruse die Anklage. Dem Antrage des Angeklagten entsprechend, der auf das Eingeständnis des Richters hinwies, in einer Verhandlung unsere auch jetzt noch hier geltenden Gesetze „Hottentottengesetze" genannt und auch die in dem Artikel enthaltenen Redewendungen gebraucht zu haben, wurde die Sache mit Rücksicht darauf, daß der Prozeß Krause c/a. Staszkiewicz noch in der Schwebe ist, **vertagt.**

Ein zweiter Artikel, der am 12. Mai d. Js. einen amtlichen und von der „Deutschen Rundschau" nicht einmal kommentierten Bericht über den in der ganzen Welt Aufsehen erregenden Krupp-Prozeß wiedergab, bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht unter Zugrundelegung des § 360, 11 (Grober Unfug, Erregung öffentlichen Ärgernisses). Polen sei mit Frankreich verbündet, und in Polen erscheinende Zeitungen dürften nicht Artikel bringen, die gegen den Bundesgenossen gerichtet sind. Der Einwand des Angeklagten Kruse, daß es sich um eine offizielle Erklärung einer Regierung handle, die auch von ausländischen Zeitungen übernommen wurde, von Zeitungen, die in Staaten erscheinen, die mit Frankreich und auch mit Polen verbündet sind, fand beim Staatsanwalt kein Gehör. Er bestand darauf, daß Veröffentlichungen von Artikeln, die gegen Frankreich gerichtet sind, hier in Polen „öffentliches Ärgernis" hervorrufen müßten, und beantrage 14 Tage Haft.

In seiner Verteidigung hob der Angeklagte hervor, daß die Bestimmungen des § 360, 11 nach wiederholten Entscheidungen des Reichsgerichts nur dann Platz greifen, wenn es sich um solche, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung unmittelbar verletzenden Ungebührlichkeiten handelt, durch die das Publikum schlechthin, nicht aber ein individuell begrenzter Personenkreis belästigt und solchergestalt der öffentliche Friede im allgemeinen beunruhigt wird. Daß der öffentliche Friede nicht gestört worden ist, gehe daraus hervor, daß auch die verantwortlichen Männer unserer Regierung (vgl. vor allem die Äußerungen Grabskis) in offiziellen Reden die Wirtschaftskatastrophe Polens zum größten Teil der französischen Ruhraktion zuschreiben. Gerade diese Männer seien dazu berufen, die öffentliche Meinung zu repräsentieren. Der Angeklagte erinnerte auch an die Ausführungen des französisch-schweizerischen Rechtsprofessors Moriaud in Genf, der Krupp verteidigte und heute den Vorsitz im deutsch-polnischen Schiedsgericht führt. Der Angeklagte wies ferner darauf hin, daß sogar der Papst durch materielle Unterstützung der Opfer der französischen Justiz im Ruhrgebiet seiner Antipathie gegen die französische Ruhrpolitik Ausdruck gegeben hat.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Kruse wird schuldig befunden, sich gegen den § 360, 11 vergangen zu haben, und **zu einem Tage Haft verurteilt.**

Gegen dieses Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Aus der polnischen Presse.

Von einem Ueberfall polnischer Insurgenten auf einen polnischen Schützenverein

berichtet die „Gazeta Robotnicza" aus Bismarckhütte. Sie schreibt in ihrer Nr. 213 vom 21. 9. 1923:

„Am Sonntag, dem 9. d. Mts., sollte in Bismarckhütte eine Versammlung der Ortsgruppe des Schützenvereins stattfinden. Der Vorstand und sogar der Bezirkskommandant, welche den Saal in dem betreffenden Lokal gemietet hatten, meldeten, obwohl es nach dem Vereinsrecht eigentlich überflüssig war, die Versammlung bei den Zivil- und Polizeibehörden an und mußten vom Wirt erfahren, daß sie den Saal nicht bekommen könnten, weil die Insurgenten damit drohten, in das Lokal einzudringen und alles kleinzuschlagen. Das geschah einige Tage vorher. Am Sonntag, als die Mitglieder sich vor dem Lokal und im Garten versammelten, fanden sie die Türen verschlossen. Auf Intervention des Bezirksleiters zuckte die Polizei die Achseln. In diesem Augenblick erschienen vor dem Lokal mehr als hundert Insurgenten mit Musik und begannen die friedfertigen Schützen zu belästigen. Die Polizei wurde gerufen, aber bevor sie erschien, waren bereits mehrere Bürger verprügelt und andere mit Messern verletzt. Es muß hervorgehoben werden, daß die Schützen im Anfang auf die mündlichen und tätlichen Angriffe überhaupt nicht eingingen, sondern, da sie keine Polizei, dagegen aber die Übermacht der wilden Horde sahen, sich zerstreuten, obwohl sie bei ihrer Stärke den Platz hätten erfolgreich behaupten können. Sie wollten aber nicht der Polizei vorgreifen. Diese kam nicht, ihr sind aber bereits vorher, als sie gebeten wurde, der geplanten Sprengung entgegenzuwirken, die Namen der Angreifer bekanntgegeben worden, was Zeugen bestätigen können."

Das polnische Blatt fordert dann eine Erklärung vom Landrat und vom Wojewoden und fährt fort:

„Es ist schon Feigheit, den ruhigen Deutschen zu überfallen und erst recht, den polnischen Arbeiter, welcher auch am Aufstand beteiligt gewesen ist und redlich und friedlich nach besten Kräften dem Vaterlande dient, zu dessen Verteidigung er sich ausbildet. Er darf doch eine andere Überzeugung haben und braucht sich nicht von der Chjena-Partei an der Nase herumführen zu lassen."

Tarifkuriosa.

In der letzten Zeit war in polnischen Blättern schon wiederholt die Rede von Widersprüchen in dem gegenwärtigen Personentarif der polnischen Staatseisenbahn und auf merkwürdige Mißverhältnisse zwischen Preisen für Fahrten nicht nur auf verschiedene Entfernungen, sondern sogar bei gleicher Entfernung. Jetzt schreibt einer der Leser des „Kurjer Poznański" diesem Blatte folgendes: („Kurjer Pozn." Nr. 217, Sonntag, den 23. September): „Am 23. August kaufte ich in Posen eine Fahrkarte 1. Klasse Posen—Kattowitz für den Schnellzug, der abends ungefähr um 9 Uhr Posen verläßt. Ich bezahlte dafür 818 000 M. Am übernächsten Tage kehrte ich mit dem entsprechenden Schnellzug umgekehrter Richtung nach Posen zurück und bezahlte für eine Fahrkarte 1. Klasse 535 000 M., das heißt um 283 000 M. weniger als bei der Hinfahrt. Ich legte in Posen diese Angelegenheit dem Eisenbahnbeamten vom Dienst vor, konnte aber von ihm keine Auskunft erlangen. Am 2. September reiste ich von neuem nach Kattowitz und bezahlte für eine Fahrkarte 1. Klasse (für denselben Zug) 2 948 000 M. Ich machte den Bahnbeamten darauf aufmerksam, daß ich vor einer Woche nur 818 000 Mark bezahlte und daß, da am 1. September die Preise verdoppelt wurden, die Fahrkarte jetzt 1 636 000 M. kosten müßte, nicht aber 2 948 000 M. Der Beamte antwortete mir, daß er die Fahrkarten zu den von der Eisenbahndirektion festgesetzten Preisen verkaufen müsse. Am 3. September kehrte ich wieder mit dem entsprechenden Schnellzug von Kattowitz nach Posen zurück und bezahlte nur 1 746 000 M., das heißt um 1 202 000 M. weniger als in Posen. Ich reklamierte in Posen, konnte aber wieder keine Aufklärung bekommen. Im Interesse der Reisenden, aber auch im Interesse des Ansehens unserer Eisenbahnbehörden wäre die Einführung gleichmäßiger Grundsätze bei allen Eisenbahndirektionen dringend zu empfehlen."

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von **Günter v. Hohenfels**

(1. Fortsetzung.)

„Hatte ich etwa nicht recht? Mein eigener Bruder? Schulden machen? Kredit in Anspruch nehmen? Den Namen der Firma schänden? Totschlagen hätte ich ihn sollen. Mit diesen Händen!"

„Aber Herr Bruhns."

„Hätte ich ihn gehabt — —"

Er brach ab und trat an das Fenster.

„Wo ist eigentlich Ihr Bruder jetzt?"

Scharf drehte sich Bruhns um. Fast war es, als läge etwas wie Argwohn in seinen Worten.

„Weiß ich's? Soll ich ihn hüten? Tot ist er! Tot! Irgendwo verkommen und verdorben. Untergegangen mit dem Schiff, als er nach Norwegen wollte." Plötzlich drehte er sich um.

„Herr Störtebecker, was geht Sie das eigentlich an? Sind Sie vom Senat auch beauftragt, mich darnach zu fragen? Glauben Sie vielleicht auch an das Märchen, daß ich ihn mit meinen Händen erwürgt habe?"

Er lachte laut auf.

„Jawohl! Natürlich habe ich's getan, und da unten im Arrestkeller der Hansa hab ich ihn eigenhändig vermauert. Sehen Sie, nun wissen Sie, wie es war! Darum will ich ja nicht, daß er abgerissen wird! Nur darum!"

„Herr Bruhns — nun also — meine Mission war vergebens."

„Gründlich."

„Dann also — auf Wiedersehen!"

„Guten Morgen!"

Der Senator nahm seinen Hut und verließ das alte Kontorzimmer, das wie ein Überbleibsel aus vergangenen Tagen anmutete. Ein großer, gewölbter Raum. Fenster mit Bleifassungen und Butzenscheiben, hohe eichene Regale und Schränke an den Wänden, in diese hineingefügt. Arbeit, die Jahrhunderte alt war und noch Jahrhunderte überdauern konnte. Der Fußboden aus Steinfliesen in kunstvoller Musterung, ein Teppich gewissermaßen aus verschiedenfarbigen Mosaiken, bedeckt mit einem weichen Perser. Ein riesiger Schreibtisch mit Aufbauten und hundert Fächern, auf geschnitzten Löwenfüßen ruhend. Davor ein hoher Lederstuhl. Sogar die Armlehnen ausgebuchtet und glatt geschliffen von den Jahrhunderten, in denen die Silvester Bruhns ihre Arme darauf gestützt. Aber das dicke Kernleder noch fest und stark.

An der einen Wand ein Riesenkamin. Der Handelsherr ließ noch jetzt große Holzscheite darin prasseln, die ihren roten Glutschein auf das Eisbärenfell davor und die beiden Armsessel warfen, in denen er soeben mit Störtebecker gesessen. Nur zwei Dinge nehmen sich wie freche Eindringlinge aus zwischen dem Alten. Das Telephon und das elektrische Licht aus dem alten, eichenen Kronleuchter, der die Gestalt einer Hansakogge zeigte.

Silvester Bruhns blickte auf das Ölbild, das rissig, verwittert und tief nachgedunkelt über dem Kamin in die Wand eingefügt war und einen Mann in mittelalterlicher Tracht zeigte. Der erste Silvester Bruhns, der das Haus gegründet hatte. Einen festen Blick warf er zu diesem Bilde empor, und seine Lippen murmelten „Semper idem!"

Er schritt durch den Raum. Eine große, eisenbeschlagene Eichentür führte zu dem Hausflur. Durch diese war der Gast gegangen, Silvester Bruhns aber stand jetzt am hinteren Ende des großen Zimmers, das eben wegen seiner Größe niedrig ausschaute mit seiner kassettierten Decke, deren braunschwarze Balken sich in den Jahrhunderten gebogen hatten. Hier führte eine kunstvoll geschnitzte Wendeltreppe nach oben zu der Wohnung und eine andere Treppe von wenigen Stufen zu dem noch größeren Gewölbe, in dem die Angestellten saßen und an ihren alten Pulten schrieben. Hier war auch ein Fenster, durch das der Chef beobachten konnte, was unten geschah. Alt, verräuchert war auch dieses Kantor und doch bequem und geräumig.

Der Handelsherr stand eine Weile und schaute hinunter, dann öffnete er die Tür.

„Herr Swendholm."

Aus einem Verschlag, der seinen erhöhten Arbeitsplatz von den anderen absonderte, erhob sich ein alter Mann.

„Herr Bruhns?"

Er nahm eine Mappe und trat in das Kontor des Chefs.

„Nun?"

„Die ‚San Salvador' eingelaufen. Tausend Sack Kaffee. Tausend Sack Kakao. Fünftausend Ballen Baumwolle."

Er sprach noch lange weiter, und es waren Millionen über Millionen, die da in den Listen standen, weil das arme Deutschland jedes Gramm Kaffee mit der starken Valuta Südamerikas in Einklang zu bringen hatte.

Silvester Bruhns war vollkommen ruhig und sprach die Summen mit gleichgültiger Stimme aus, als seien es Pfennige.

„Der ‚Porfirio Diaz'?"

„Geht in acht Tagen hinaus. Borsig hat die Lokomotiven noch nicht alle geliefert. Die Maschinen von Krupp sind schon verladen."

„Gut."

Er prüfte die neue Liste, es waren sicher nicht weniger Millionen. Er lächelte.

„Wir kommen wieder hoch, Swendholm. Export und Import, das ist die Seele, und noch lebt sie! Was schreibt Don Martino?"

„Er hält es für dringend nötig, daß Sie hinüberkommen, Herr Bruhns. Es ist jetzt Gelegenheit, im Chaco gewaltige Striche zu kaufen. Unser Geld, das wir vor dem Kriege in Buenos Aires anlegten, wird frei."

Bruhns lachte.

„Damals waren es hunderttausend Pesos. Wollten wir es heute in Deutschland anlegen, wären es ungezählte Millionen. Was schreibt Don Alberto?"

„Der brasilianische Dampfertrust ist bereit, zu verhandeln. Wir könnten zwei oder drei der damals Deutschland genommenen Schiffe zurückkaufen und eine verstärkte Linie eröffnen."

Silvester Bruhns überlegte. (Fortsetzung folgt.)

Die Ueberraschung in London.

Die Überraschung der Londoner öffentlichen Meinung über das Pariser Communiqué dauert noch immer an. In Regierungskreisen äußert man sich zurückhaltend dahin, daß der britische Ministerpräsident in Paris darauf bedacht gewesen sei, sich und die englische Kabinettspolitik nicht endgültig festzulegen. Im übrigen wird bestätigt, daß das Ende des Ruhrwiderstandes alle übrigen Vereinbarungen wesentlich erleichtern würde. Baldwin habe sich überzeugt, daß die französischen Forderungen an Deutschland nach der Ruhrliquidation weder hart noch übertrieben sein würden.

Eine Reuternote besagt: Der allgemeine Wortlaut des Communiqués über die Zusammenkunft der beiden Premierminister rechtfertige nach Ansicht amtlicher Kreise in London nicht die auseinandergehenden Schlußfolgerungen, die in verschiedenen Kreisen gezogen worden seien. Es sei lediglich gerechtfertigt, zu erklären, daß die beiden Staatsmänner bei ihrer Zusammenkunft über die allgemeinen Grundsätze einig waren und daß sie vielleicht die Besprechungen fortsetzen würden.

Man erwartet Aufgabe des passiven Widerstandes.

In einem **Bericht des „Daily Telegraph"**, der allem Anschein nach auf französische Informationen zurückgeht, wird erklärt, daß die Pariser Mitteilungen durchaus wörtlich zu nehmen seien, und daß beide Länder am Vorabend einer neuen politischen Zusammenarbeit stehen. Das Ruhrproblem als solches sei aus dem Wege geräumt, **da Deutschland selbst zur Aufgabe des Widerstandes bereit sei.** Die englische Auffassung über die Besetzung bleibe bestehen, aber man müsse blind, taub und stumm sein, um die Tatsache zu verbergen, daß die französische Politik im Augenblick an der Ruhr erfolgreich sei. Poincaré habe wahrscheinlich seine bekannte Ansicht wiederholt, **daß die militärische Besetzung auf Essen beschränkt werden könnte.** Ferner sei es möglich, daß **die französisch-belgische Eisenbahnregie auf das linke Rheinufer beschränkt würde,** und daß die **Ausweisungsbefehle nur gegen höhere preußische Beamte** aufrechterhalten bleiben, von denen die Organisierung des Widerstandes ausging. Diese würden nur dann zurückkehren dürfen, wenn sie sich einem französischen Kriegsgericht stellen.

Beim französischen Außenministerium am Quai d'Orsay heißt es: Wir warten geduldig, aber voller Vertrauen, **daß der Reichskanzler den passiven Widerstand einstellt.** Dann können wir uns sofort mit seinen neuen Reparationsvorschlägen befassen, und es wird hinzugefügt: Darin sind wir völlig einig nicht nur mit Belgien, sondern auch mit England. Der Kanzler, so heißt es weiter, scheint aber die Situation jetzt erfaßt zu haben. Jedenfalls lasse eine offiziöse Wolffmeldung vom 20. September dies genügend erkennen. Sofort werden daher auch alle Register der französischen Regierungspropaganda gezogen. Einmal heißt es zum Beispiel, Poincaré habe Baldwin gestern noch einmal die feierliche Zusicherung gegeben, daß, sobald Deutschland nachgebe, **die Besetzung wirklich unsichtbar** würde, so daß also selbst über eine **etappenweise Räumung** zwischen Paris und London keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr beständen. Oder es wird darauf hingewiesen, daß nach der Kapitulation Deutschlands sofort eine **alliierte Konferenz** zusammentreten würde, **um Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten,** usw.

Dr. Wiedfeldt auf der Reise nach Berlin.

Der deutsche Botschafter in Washington Dr. Wiedfeldt begibt sich nach Berlin, um dem Reichskanzler über die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland sowie über die Stimmung des amerikanischen Volkes Bericht zu erstatten. Dr. Wiedfeldt werde hierauf auf seinen Posten zurückkehren. Wie es heißt, bringt Wiedfeldt die Zusicherung, daß die Vereinigten Staaten nach Aufgabe des passiven Widerstandes Deutschland eine Anleihe gewähren wollen

Ein Reparationsplan Lloyd Georges.

Lloyd George hat sich am Sonntag, dem 23. Sept., von Frau und Tochter sowie einer Privatsekretärin begleitet, nach Neuyork eingeschifft. Die Vorrede seines neuen Buches „Ist das der Friede?", das am 29. September erscheint, wird folgenden Reparationsplan enthalten:

1. Deutschland übergibt den Verbündeten seinen gesamten Goldvorrat und gleichfalls die Goldbestände aus Privatbesitz.

2. Nimmt Deutschland Lieferungen an Kohlen, Holz und Pottasche, Farbstoffen und anderem Rohmaterial vor.

3. Das Reich entrichtet einen Prozentsatz seiner Ausfuhreinnahmen. (Lloyd George glaubt, daß 20 v. H. unter Anrechnung der Materiallieferungen ausreichen würden, um die Zahlung der Zinsen und Tilgung von 2 500 000 000 Pfund Sterling zu ermöglichen).

4. Wiederherstellung des deutschen Kredites auf dem Wege einer sofortigen Reparationsanleihe, wodurch den dringendsten finanziellen Bedürfnissen der Alliierten entgegengekommen werden soll.

Kabinettskrise und Bauernrevolution in Bulgarien.

Die schon lange bestehende latente Kabinettskrise droht jetzt offen auszubrechen. Die Sozialisten verlangen den Austritt des nationalliberalen Ministers Smyloff und wollen von einer Verständigung nichts wissen. Sie drohen sogar, ihren Minister Kasasoff aus der Regierung zurückzuziehen, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen wird. Die Entscheidung drängt, da Neuwahlen ausgeschrieben sind, und da die Sozialisten die Frage der Wahllisten so lange nicht behandeln wollen, als Smyloff sich im Kabinett befindet. Eine weitere Verzögerung der Wahlen wäre nicht erwünscht. Ministerpräsident Zankoff befindet sich deshalb am Scheidewege, da verschiedene, besonders außenpolitische Gründe mehr als je die Einheit im Kabinett erfordern, andererseits die Nationalliberalen erklären, aus dem Kabinett nur dann auszuscheiden, wenn Zankoff die Demission des gesamten Kabinetts einreicht und der König ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts ohne ihre Beteiligung beauftragt.

Der „Matin" veröffentlicht unter allem Vorbehalt ein Telegramm seines Korrespondenten aus Belgrad, nach dem eine kommunistische Bauernrevolution in Nordbulgarien ausgebrochen sei.

Die Lösung der Fiumefrage.

Bezüglich der Lösung der Fiumefrage verlautet in gut informierten Kreisen, daß, wie es scheint von italienischer Seite, eine Teilung der Stadt Fiume vorgeschlagen wird, und zwar derart, daß das ganze Hinterland an Südslawien angegliedert wird, während Italien längs des Meerufers einen Korridor einschließlich der Stadt Fiume erhält. Durch weitere Verhandlungen soll Südslawien die vollkommene Benutzung des Hafens von Fiume garantiert werden. Die Antwort auf diesen Vorschlag Italiens ist in einer Sitzung des Belgrader Ministerrates am Mittwoch, wie verlautet, festgesetzt worden. Ein höherer Beamter des Außenministeriums ist nach Rom abgereist der den Beschluß des Ministerrates dem jugoslawischen Gesandten in Rom zur Übermittelung an die Regierung einhändigen sollte. Es verlautet, daß die italienischen Vorschläge mit gewissen unbedeutenden Abänderungen angenommen werden.

Di Rivera will Spanisch-Marokko gegen Gibraltar tauschen.

In einem dem Vertreter eines spanischen Blattes gewährten Interview erklärte General Primo di Rivera, einer seiner Hauptwünsche sei der Austausch Spanisch-Marokkos gegen Gibraltar; in einem Weißbuche gedenkt er diesen Vorschlag noch zu rechtfertigen. Allerdings erlaubten die jetzigen Umstände nicht die sofortige Inangriffnahme dieses Gedankens. Zuerst müsse jetzt Marokko endgültig erobert werden, und dann erst könne man darüber entscheiden, was mit ihm zu geschehen habe.

Das Direktorium trat unlängst zu einer Aussprache über die marokkanische Frage zusammen und faßte den Beschluß, den neuen Oberkommissar, General Aizpuru, sofort nach Marokko zu entsenden. Das Direktorium hat ferner beschlossen, die Zensur zeitweise aufzuheben und den Blättern die Kritik an der neuen Regierung freizustellen. Der Madrider Korrespondent der „Daily Mail" stellt fest, daß das Leben wieder in das gewohnte Gleis zurückkehrt. Die Soldaten haben die Erlaubnis, die Kasernen zu verlassen und begeben sich ungehindert in die Stadt.

Baltenstaaten.

Der estländische Außenminister über Estlands auswärtige Politik.

Der Außenminister Estlands, Dr. Akel, hat vor Pressevertretern sich über die Außenpolitik Estlands geäußert und dabei besonders die Schaffung eines Baltischen Bundes als erstrebenswertes Ziel bezeichnet. Sein Wunsch sei es, durch eine estländisch-lettländische Annäherung einen festen Kern für den Baltischen Bund zu schaffen. Der Minister bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Gerüchte von einem Geheimvertrag zwischen Estland, Lettland und Litauen als erfunden. Bezüglich Polens bemerkte Dr. Akel, daß es unter den baltischen Staaten, denen es jetzt gewöhnlich zugezählt werde, eine starke Militärmacht darstelle. Die aufgetauchten Nachrichten, als beabsichtige Polen seine Politik den baltischen Staaten gegenüber zu ändern, seien unzutreffend. Auf der nächsten Konferenz der baltischen Staaten in Warschau werde die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete fortgesetzt werden.

Jung gefreit.

Das estländische Unterrichtsministerium hat, wie der „Revaler Bote" berichtet, verfügt, daß das weitere Verbleiben verheirateter Schulkinder in der Schule der jedesmaligen Entscheidung des Ministeriums unterliegt, das zuvor ein Gutachten der Lehrerkonferenz der betreffenden Schule einholt.

Ergebnis der lettländischen Kirchen-Volksabstimmung.

Am 1. und 2. September hat in Lettland eine Volksabstimmung über folgenden vom lettländischen Landtage gegen 20 Stimmen abgelehnten Initiativantrag stattgefunden:

„Kirchen und Bethäuser, die irgendeiner Konfession zu Gottesdiensten dienen, dürfen weder enteignet noch einer anderen Konfession abgegeben werden. Gegenwärtig bestehende Kirchen und Bethäuser sind derjenigen Konfession zu belassen, in deren Nutzung sie auf gesetzlicher Grundlage am 1. August 1914 standen."

Im ganzen sind bei dieser Volksabstimmung 205 442 Stimmen abgegeben worden, 198 630 dafür, 5405 dagegen und 1407 ungültige. Die Zentralkommission hat jedoch den Beschluß gefaßt, Initiativanträge nur dann als angenommen gelten zu lassen, wenn an der Abstimmung wenigstens die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger teilnimmt, das würden in diesem Falle 481 620 Personen sein. Der Verband der lettischen evangelisch-lutherischen Gemeinden hat infolgedessen an den Staatspräsidenten einen Appell gerichtet, in dem er erklärt, daß der Beschluß der Zentralwahlkommission nicht im Einklang mit dem Gesetz steht, und den Präsidenten bittet, das obengenannte Gesetz veröffentlichen zu wollen. Die ganze Bewegung war die Folge der Jakobikirchen-Wegnahme in Riga.

Aus der Sowjetföderation.

Eine Mongolenrepublik.

Aus Moskau wird gemeldet: Hier wurde ein Dekret über die Bildung einer mongolischen Sowjetrepublik veröffentlicht. Die Hauptstadt der neuen Republik ist Wierchnieudinsk.

Aufhebung der staatlichen Lebensmittel-Versorgung in Sowjetrußland.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Volkskommissar beschlossen, mit dem 1. Oktober das System der staatlichen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aufzuheben. Von dem Tage an werden die staatlichen Aemter nur noch dem Heere und der Marine Lebensmittel liefern.

Die Sowjets haben Gold.

Auf Einladung des Direktors der Staatsbank haben die ausländischen Missionen in Moskau Delegierte entsendet, welche die Keller und Druckerei der Bank besichtigen sollten. Den Besuchern wurden die Kisten mit Gold, die auf Ersuchen der Gäste auch geöffnet worden sind, gezeigt. Die Besucher wollten sich überzeugen, ob tatsächlich 98 Millionen Goldrubel deponiert seien. Für Polen nahm an dieser Besichtigung der Handelsattaché der Gesandtschaft Lacki, teil.

Das Schicksal des Tscherwonetz.

Das erschreckende Anwachsen der Preise für industrielle und landwirtschaftliche Produkte in Moskau läßt befürchten, daß der „Tscherwonetz" das Schicksal der Sowjetscheine teilen wird. Das Finanzkommissariat beschuldigt die Trusts und die Syndikate, die ihre Monopolstellung ausnutzen und, anstatt den Warenumsatz zu steigern, durch mechanische Erhöhung der Preise ihre Defizite zu decken suchen.

Erschwerung der russisch-schwedischen Handelsbeziehungen.

Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Rosta", daß die Regierung der Sowjets gezwungen worden sei, die bei schwedischen Firmen gemachten Bestellungen zurückzuziehen, da die schwedische Regierung keinen Handelsvertrag mit Rußland abschließen wolle. Vorläufig erklärt die russische Regierung noch keinen wirtschaftlichen Boykott Schwedens. Es ist aber möglich, daß in nächster Zukunft die Handelsdelegation aus Stockholm abberufen werden wird.

Ein Notschrei der Republik Georgien.

Die Regierung der unabhängigen Republik Georgien hat dieser Tage beim Völkerbund einen neuen Protest gegen die Besetzung Georgiens durch die Sowjettruppen eingelegt. In dem Protest ist zu lesen: „Das georgische Volk wird sich niemals mit der Besetzung seines Landes durch das russische Heer abfinden. Es weiß, daß es einen Kampf um nationale Freiheit führt. Vertreter der zivilisierten Menschheit, hört die Seufzer der Nation, die unabhängig bleiben will!"

Verfilmung der russischen Revolution.

Eine Korrespondenz meldet, die Sowjetkommissare seien damit beschäftigt, einen großen Film herzustellen, der eine Geschichte der russischen Revolution in Einzelbildern entrollt. In den Hauptrollen sollen Trotzki, Sinowjew und andere kommunistische Größen persönlich als Darsteller mitwirken, während Lenin von einem Berufsschauspieler dargestellt werde.

Deutsches Reich.

Ein bedeutsamer Artikel der „Germania".

Einen sehr beachtenswerten Artikel über die Frage des Widerstandes an der Ruhr veröffentlichte am Freitag das Organ der Zentrumspartei, die „Germania". Als allgemeine Voraussetzung ist dabei zu bemerken, daß von allen politischen deutschen Parteien das Zentrum in der Frage des Ruhrgebietes am meisten realistisch eingestellt ist. Außerdem sind Kreise der katholischen Geistlichkeit, die in ständiger Informierung von Rom aus gehalten werden, über die internationale Lage besser orientiert als die meisten Parteipolitiker. Der Artikel der „Germania" stellt zum ersten Mal offen die Frage auf, ob die Fortführung des Kampfes im Ruhrgebiet noch im Interesse des deutschen Volkes liegt. Da die Leiden der Bevölkerung sich von Tag zu Tag ebenso häufen, wie die wirtschaftliche Notlage im übrigen Deutschland, ohne daß eine Aussicht auf Besserung vorhanden ist, so wird, wie die „Germania" argumentiert, kein Mensch dafür garantieren können, ob nicht der Widerstand eines Tages zusammenbricht. Dann wäre die Position Frankreichs stärker als bei einer geordneten Einstellung des Widerstandes. Als selbstverständliche Voraussetzung für die Einstellung des Widerstandes bezeichnet das Zentrumsorgan die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der unschuldig Eingekerkerten. In einem Appell an Frankreich, gegen Forderungen der Humanität nicht zu sündigen, werden diese Voraussetzungen als Bedingungen hingestellt, die gar nicht erst einem diplomatischen Schacher unterliegen dürfen.

Die deutschnationale Opposition

gegen die Verhandlungspolitik des Kabinetts Stresemann nimmt die entschiedensten Formen an. In einem kurzen Bericht haben die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag und im Preußischen Landtag die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses angekündigt, der sich ständig in Bereitschaft halten soll, um die sogenannten nationalen Interessen nachdrücklich zu wahren. Dazu verbreitet sich die deutschnationale Presse über einen wirklichen Krieg, der jetzt endlich geführt werden müßte. Die „Deutsche Tageszeitung" fordert die Regierung auf, entweder einzulenken oder den wirklichen Krieg zu führen, der schon längst hätte ausbrechen müssen, wenn ihn der deutsche Defatismus nicht verhindert hätte. Die „Kreuzzeitung" und der sonst noch besonnenere „Lokal-Anzeiger" sekundieren mit ähnlichen Artikeln, und die ganz radikale „Deutsche Zeitung" tröstet über alle Bedenken damit, daß die Jahrtausende der Kriegsgeschichte bestätigt hätten, ein Krieg ernähre sich von selber, wenn man ihn nur angefangen hat.

Die dem Reichskanzler nahestehende „Zeit", das Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, erklärt jedoch, es müsse der deutschnationalen Parteileitung ebenso wie der Regierung selber bekannt sein, daß hervorragende deutschnationale Parlamentarier, besonders solche aus dem besetzten Gebiet, den Standpunkt des Reichskanzlers Stresemann vollkommen teilen.

** **Gegen den Kartoffelwucher des Großhandels.** Das „Berl. Tagebl." führt bittere Klage über den Wucher des Großhandels, der zu einer Zeit, wo der Dollar um ca. 30 Prozent fiel, die Kartoffelpreise um 50 Prozent und mehr steigen ließ, so daß das Pfund von 400 000 bis auf 600 000, ja 700 000 M. stieg. Ähnlich steht es bei Gemüse, Fleisch- und Fettwaren und Fischen, die ebenfalls trotz des sinkenden Dollars gestiegen sind. Das „Berl. Tagebl." bemerkt hierzu: „Mit vollem Recht wehrt sich das kaufende Publikum gegen diese betrügerische Form doppelter Buchführung, die den steigenden Dollar sofort als Grund zu Preiserhöhungen benutzt, über den sinkenden Dollar aber achselzuckend zur Tagesordnung übergeht." Das Blatt appelliert dann an den Innenminister Severing und den Justizminister Am Zehnhoff, gegen dies unerhörte Verfahren schleunigst einzuschreiten.

** **Die Buchhändlerschlüsselzahl** ist am Sonnabend wieder erhöht worden, und zwar auf 85 Millionen. Und das, obgleich der Dollar in Deutschland fällt.

** **Streikkrise an den Frankfurter Großbanken.** Der Deutsche Bankbeamtenverein, Ortsgruppe Frankfurt a. M., teilt mit, daß die Frankfurter Großbankleitungen durch Anschlag in den Betrieben die fristlose Entlassung allen denen androhen, die den gesetzlich auch für die Bankbeamten garantierten Achtstundentag einhalten. In allen Großbankbetrieben in Frankfurt a. M. finden heute abend Betriebsversammlungen statt. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat bereits den Beschluß gefaßt, sofort den Generalstreik auszurufen, sofern die Großbankleitungen sich zu der oben angedeuteten Maßnahme hinreißen lassen. Der Generalstreik in den Frankfurter Großbanken würde automatisch die völlige Arbeitsniederlegung in sämtlichen größeren Banken Südwestdeutschlands nach sich ziehen. Erschwerend tritt hinzu, daß einzelne Großbanken die Überstundenvergütung für die letzte Hälfte des Monats August erst in diesen Tagen in zwanzigfach entwertetem Gelde ausgezahlt haben.

** **Ein rätselhafter Mord.** Eine schon wochenlang zurückliegende Mordtat an einem früheren Offizier wird erst jetzt durch eine Bekanntmachung der Behörden bekannt. Am 5. September fand man auf dem Truppenübungsplatz Döberitz die Leiche des 25 Jahre alten Leutnants der Reserve Georg Sand. Sie wies zwei Kopfschüsse auf, von denen jeder sofort tödlich gewirkt haben muß. Er muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Nach dem Befund liegt Mord vor. Das letzte Lebenszeichen von Sand, der in Rastenburg in Ostpreußen geboren ist, kam am 3. August aus einem Görlitzer Hotel. Über seinen weiteren Aufenthalt bis zu seinem Tode konnte bisher nichts ermittelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Mord mit politischem Hintergrund handelt.

Aus aller Welt.

Sechs Millionen Kriegsinvaliden erhalten Pension. Das internationale Arbeitsbureau gibt, wie aus Genf gemeldet wird, bekannt, daß in 16 Ländern ungefähr sechs Millionen verwundeter Kriegsinvaliden Pension erhalten. Die erste Stelle nimmt in dieser Beziehung Deutschland ein mit 1 537 000 Invaliden, an zweiter Stelle steht Frankreich mit 1½ Millionen und an dritter England mit 1 170 000 Invaliden. In Polen erhalten 320 000 Invaliden Rente. Andere Länder weisen folgende Ziffern auf: Italien 800 000, Rußland 775 000, Australien 706 000 und Österreich 236 000.

Politisches Attentat auf eine junge Dame in Paris. Am Montag abend wurde in Paris die Tochter des kommunistischen Führers Rappaport von einem russischen Flüchtling namens Iwan Kelecheff durch Revolverschüsse verletzt. Der Täter, der sich selbst der Polizei stellte, gab anfänglich an, die Absicht gehabt zu haben, Rappaport selber zu töten. Er habe dies jedoch nicht ausführen können, da Rappaport sich auf Reisen befindet.

In Portugal herrscht eine gespannte Lage. Man fürchtet eine Revolution nach spanischem Muster. Die Regierung hat allerlei Vorsichtsmaßregeln ergriffen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 24. September.

Saatzeit.

Mit dem Gutsbesitzer, den wir besucht haben, gehen wir über den Gutshof. Wir haben den 14 September, morgen soll mit der Roggenaussaat begonnen werden, erzählt uns der Gutsbesitzer. Dort steht die Drillmaschine, ein Rad ist angehoben, so daß es frei gedreht werden kann, eine Plane ist unter die Maschine gelegt. Nun beginnt ein Mann das Rad, das das Säewerk in Bewegung setzt, zu drehen, der Landwirtschaftslehrling zählt die Umdrehungen. Er weiß, wie viele Umdrehungen die Maschine machen müßte, um einen Morgen Land zu besäen. Als die Zahl der Umdrehungen für ein viertel Morgen erreicht ist, läßt er anhalten und das auf der Plane aufgefangene Saatkorn abwiegen. Es sind 16 Pfund, auf den Morgen würden das also 64 Pfund ausmachen, es sollen aber nur 50 Pfund fallen. An der Säevorrichtung wird eine Umstellung vorgenommen und das „Abdrehen" wiederholt. Bei dem Wiegen der gefallenen Menge werden diesmal knapp 12½ Pfund festgestellt, die Maschine ist also fast genau auf die gewünschte Aussaatstärke eingestellt. Morgen, wenn die ersten Fahrten mit der Drillmaschine gemacht sind, wird durch Abmessen einer bestimmten Fläche noch genau nachgeprüft, ob die Maschine auch draußen auf dem Felde dasselbe auswirft, was beim Abdrehen festgestellt worden ist.

Auf unserem weiteren Rundgange kommen wir auf den Getreidespeicher und finden dort Leute damit beschäftigt, Roggen zur Saat, zu richtigem „Saatgut" herzurichten. Da ich schon einige Wochen auf dem Gute weile, habe ich Gelegenheit gehabt, zu beobachten, was mit dem geernteten Roggen bisher geschehen ist. Da war eines Tages die Dampfdreschmaschine zwischen zwei runde Getreideschober gefahren worden, die zu diesem Zweck in einem bestimmten Abstand aufgestellt worden waren. Am nächsten Morgen um 6 Uhr hörte ich einen scharfen Pfiff und dann ein eigenartiges Brummen: die Dreschmaschine hatte zu arbeiten begonnen. An dem einen Ende der Dreschmaschine sah ich mehrere Säcke nebeneinander hängen. Auf meine Frage wurde mir die Sache erklärt: Der Sortierzylinder, den die Getreidekörner durchlaufen, nachdem sie von dem übrigen Anhang gereinigt sind, scheidet sie in drei Klassen: zuerst fällt das schwächste Korn durch die Öffnungen des Sortierzylinders, dann das mittelstarke, die zweite Klasse, während nur die stärksten, ganz ausgebildeten Körner über sämtliche Öffnungen hinweggehen und am anderen Ende aus dem Zylinder herausfallen. Von dieser ersten Klasse wird das Saatkorn genommen, während die zweite Klasse zwischen das Mahlgut oder ins Schrotgetreide kommt und die dritte Klasse meist nur geringen Futterwert hat. Es müssen zu diesem Zweck also Auslauföffnungen für die drei Klassen vorhanden sein — für die erste Klasse sind es sogar zwei Öffnungen, die abwechselnd geöffnet werden —, und an jeder hängt ein Sack, in den die Körner laufen. Der zur Saat bestimmte Roggen wurde auf dem Speicher zunächst durch eine „Windfege" genannte Maschine gelassen. Der in der Maschine erzeugte Wind jagt allen etwa zwischen den Körnern enthaltenen Staub heraus, ebenso alle Spreuteilchen und leichten Körner. Ein Sieb, über das die Körner laufen, ermöglicht auch die Aussonderung kleiner Körner und des Unkrautsamens. Schließlich geht das Saatgut noch durch den Trieur. Das ist eine schräge liegende Trommel, die sich um ihre Achse dreht und deren Wand teilweise aus Sieben mit länglichen Löchern von verschiedener Breite gebildet werden. Mit dieser Maschine wird das Saatgut nochmals sortiert, und das Ergebnis ist eine sehr gleichmäßige Ware, von der fast jedes Korn keimfähig ist. Dementsprechend kann man auch bei dessen Verwendung mit einer geringen Aussaatmenge auskommen, während ein anderer, der sein Saatgut nicht so sorgfältig hergerichtet hat, eine vielleicht um ein Viertel stärkere Aussaat nimmt. Die schwachen Körner, die mit ausgesät werden, sind aber weggeworfen, denn zum Teil keimen sie überhaupt nicht, zum Teil bringen sie nur schwache Pflanzen hervor. Sind solche Körner vorher aussortiert, so kann man sie immerhin auf andere Weise verwerten, zum Mahlen oder zu Schrot.

Inzwischen ist auch draußen auf dem Felde, das mit Roggen bestellt werden soll, allerlei Arbeit verrichtet worden; oft bin ich hinausgegangen, um sie mir anzusehen. Da ist ein Schlag, der Klee getragen hat. Nachdem der Klee abgeerntet und der Schlag noch etwas abgeweidet worden war, zogen die Schälpflüge hin und brachen ihn um. Nach einiger Zeit wurde er abgeeggt und wieder nach einiger Zeit tief gepflügt. Ein anderer Schlag hat Roggen getragen, nach der Aberntung kamen Gespanne mit Grubbern und rissen ihn auf, hinterher verrichteten die Eggen ihre Arbeit, und dann wurde an Regentagen Stalldünger auf den Schlag gefahren, gebreitet und später untergepflügt. Auf verschiedenen Schlägen ist in den letzten Tagen künstlicher Dünger ausgestreut worden. Vorgestern haben Grubber begonnen, das Land, das zuerst gepflügt und inzwischen schon wieder fest geworden war, gründlich aufzulockern, hinterher ist das Land geeggt worden, und nun ist eine ziemliche Fläche tadellos zugerichtet, ein zweckmäßiges Saatbett sorgfältig geschaffen, und morgen soll die Drillmaschine beginnen, das Saatkorn hort hineinzustreuen. S.

Die neuen landwirtschaftlichen Akkordlöhne.

In der neuesten Nummer des „Landw. Zentralwochenblatts" vom 21. September werden die am 13. September in Posen von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Posen-Pommerellen beschlossenen Akkordlöhne für die Herbstarbeiten veröffentlicht. Danach stellen sich die Akkordsätze, wie folgt:

I. Für die Kartoffelernte.

Für 110 Pfund brutto ausgegrabene Kartoffeln werden als Vorschuß bis zu der Zeit der endgültigen Festsetzung am 25. Oktober 1923 M. 2000.— (zweitausend) bezahlt. Die Festsetzung wird nach Börsennotizen erfolgen, die bisher noch nicht stattgefunden haben. Kontraktlich verpflichteten Leuten wird kein Deputat abgezogen. Fremde Leute, die durch keinerlei Kontrakt verpflichtet sind, erhalten die gleiche Bezahlung und außerdem für jede 110 Pfund brutto ausgegrabene Kartoffeln 3 Pfund extra. Eventuell kann nach gemeinsamer Vereinbarung die Bezahlung auch in Natura erfolgen. Es wird erwähnt, daß ein Scheffel 110 Pfund brutto bei der Deputatausgabe für 1 Zentner netto berechnet wird.

Anmerkung: Die Kommission war nicht in der Lage, augenblicklich einen maßgebenden Preis für die Kartoffeln festzusetzen, da bisher noch keine Notierungen an der Posener Börse stattgefunden haben.

II. Für das Mähen von Wiesen (Grummet), Klee und Serradella.

Die Verbände haben am 13. September 1923 nachfolgende Akkordnormen für das Mähen von Grummet, Klee und Serradella festgesetzt:

Für vorschriftsmäßiges Abmähen von einem Morgen in Akkord wird M. 35 000.— (fünfunddreißigtausend) gezahlt. Wo nicht in Akkord gemäht wird, muß das Prämiensystem angewandt werden, und zwar in der Weise, daß der Arbeiter mehr als die im Budget errechnete Tagesverdienstsumme verdienen kann.

Anmerkung: Bei der Akkordarbeit wird die in dem Budget vorgesehene tägliche Summe in Abzug gebracht:

1. dem Deputanten 34 330 M., dem Häusler 11 160 M., 3. dem Scharwerker 3. Kategorie 3864 M.

III. Für die Zuckerrübenernte.

Zwischen den Verbänden wurden für die Zuckerrübenernte des Jahres 1923 nachfolgende Akkordsätze vereinbart:

a) für alle kontraktlich verpflichteten Leute: 1. bei einer Ernte bis zu netto 100 Ztr. p. Morgen 1 Ztr. Roggen, 2. bis zu netto 150 Ztr. p. Morgen 1,25 Ztr. Roggen, 3. über 150 Ztr. p. Morgen 1,50 Ztr. Roggen;

b) für fremde Leute, welche nicht kontraktlich verpflichtet sind: 1. bei einer Ernte bis zu netto 100 Ztr. p. Morgen 1,25 Ztr. Roggen, 2. bis zu netto 150 Ztr. p. Morgen 1,50 Ztr. Roggen, 3. über 150 Ztr. p. Morgen 1,75 Ztr. Roggen.

Für angehobene Rüben wird jeder Kategorie 10 Prozent weniger pro Morgen bezahlt. Das Blätterhäufeln und Zudecken der Rüben mit 6 Zoll Erde ist hierin einbegriffen. Auf jeden halben Morgen kommt eine Rübenmiete. Falls es nicht erforderlich ist, die Rüben mit Erde zu bedecken, erfolgt die Bezahlung zu denselben Lohnsätzen. Budgetabzüge werden bei einer Hackfruchternte nicht gemacht (vergl. Art. 8 Tarifkontrakt vom 28. 4. 1923). Für die Rübenernte kommt der amtliche Oktoberroggenpreis zur Berechnung. Wie bekannt, bestimmt die Ministerialkommission allmonatlich den Roggendurchschnittspreis.

✕ **Personalnachricht.** Der Wojewode Graf Bniński ist von heute, Montag, ab auf 14 Tage verreist; sein Vertreter ist der Vize-Wojewode Czwojdziński.

Preiserhöhungen. Der Magistrat erhöht vom 1. Oktober d. Js. den Preis für künstliches Eis auf 42 000 Mk. für einen Zentner und auf 36 750 Mk. bei Entnahme mehrerer Zentner. Ferner sind alle Gebühren, die im Schlachthofe erhoben werden, mit Gültigkeit vom 24. September ab um 50 v. H. gestiegen; nur bei der Kühl- und Gefrieranlage tritt die Erhöhung erst am 1. Oktober ein.

Der Verein der Studenten in Posen unter dem Titel Bratnia Pomoc eröffnet heute, Montag, ein Restaurant, Weinlokal und Café unter dem Titel Kasyno Akademickie. Unlängst ist demselben Verein eine Verkaufsstelle für Zucker von der Zuckerbank übertragen worden. — Angesichts dessen wird wohl der Herr „Oset" (Distel) von der „Gazeta Poznańska" Recht behalten; die wirtschaftliche Entwickelung des Vereins ruht nicht.

✕ **Neuer Chauffeurtarif.** In der Stadt Posen gilt seit dem 20. d. Mts. folgender Chauffeurtarif: für die mit dem Befähigungszeugnis aus dem Jahre 1914: 5 506 800 Mk., für alle übrigen 4 084 800 Mk. monatlich.

✕ **Das Erntekranzschießen der Posener Schützengilde** erreichte am gestrigen Sonntage mit der Veröffentlichung der Würdenträger ihr Ende. Erntekönig wurde der Gastwirt Jarocki, erster Ritter Ogórkowski, zweiter Ritter Alexis Żurkiewicz.

bw. **Eine Versammlung der Nationalen Volkspartei** wurde am Sonnabend im Zoologischen Garten bei zahlreichem Besuch abgehalten. Der Sejmabgeordnete Szebeko führte u. a. aus: Wir müssen noch einige Monate warten, bis alles wieder gutgemacht ist, was die Linksregierung verpfuscht hat. Wir haben bis jetzt 300 Milliarden Mark gespart. Die neuen Steuern sind auf sechs Jahre verteilt und werden uns das Gleichgewicht des Staatshaushalts bringen. Was wir noch erstreben, das ist die Einschränkung der Beamtenzahlt. Bemüht haben wir uns um eine Anleihe. Kurz, wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand. Was haben wir nicht alles durch die Linksregierung, zum Beispiel durch den Juden Azkenazy verloren? Ganz Schlesien und Danzig sollten wir erhalten. Aber die Bestrebungen des Nationalkomitees in Paris wurden durch die Hintermänner der Linken paralysiert. Ethnographisch befinden wir uns in einer sehr kritischen Lage zwischen den uns feindlich gesinnten Staaten Deutschland und Rußland. Sie lauern nur darauf, uns an den Hals zu fallen. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß unser Nachbar im Westen, Deutschland, noch einmal aufstehen und ein sehr kräftiger Staat werden wird. Der andere Nachbar braucht zu seiner Gesundung noch viele Jahre. Darum muß die Polonisierung des Landes so schnell wie möglich vor sich gehen und mit der Avantgarde des Deutschtums, den Ansiedlern und den Juden aufgeräumt werden. Wir haben 26 000 solcher Ansiedlungen in Polen. Nur 6000 Ansiedler konnten bis jetzt ermittiert werden. Die Zahl der deutschen Bevölkerung beträgt 15 v. H., die 50 v. H. unseres polnischen Bodens besitzen. Das ist ein Skandal und ein unhaltbarer Zustand. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in unserem Lande und lassen uns von keiner Liga der Nationen (Redner verwies auf das Beispiel Italiens) Vorschriften machen. Wir sind mit Frankreich im Falle eines Angriffs von deutscher Seite durch besondere Vereinbarungen gebunden. Aber nehmen wir uns zusammen. Wir können doch der wirtschaftlich stärkste Staat in Zentraleuropa sein. Polen ist in der glücklichen Lage, von allen Staaten die wenigsten Schulden zu haben. Von Jahr zu Jahr hebt sich unsere landwirtschaftliche Produktion. Wir besitzen einen großen Reichtum an Kohle, Holz und Metallen. Haben wir Geduld. In unserer Partei reichen sich alle Stände die Hände. Das Vaterland sei uns über alles!

In der Aussprache bemängelte ein Redner die Teuerung, die Kohlen-, Zucker- und Wohnungsnot sehr scharf. „Könnten nicht wenigstens die Fabriken und die Banken bauen? Kann denn gegen die Teuerung gar nichts gemacht werden?" (Schlußrufe. Wieder andere: „Er soll weiter reden!) Wir haben für die Liste 8 gestimmt und sind wahrscheinlich aus dem Regen in die Traufe gekommen.

Im Schlußwort wies der Abgeordnete auf die Getreideausfuhr hin, welche nach seiner Berechnung 350 Mill. Franken einbringen und die Valuta bessern dürfte.

✕ **Missetaten der Kraftwagen.** Infolge der zahlreichen Beschwerden aus den Kreisen des Publikums über rücksichtsloses Fahren usw. der Kraftwagen widmet die Polizei diesen jetzt eine ganz besondere Aufmerksamkeit, was sich wieder in zahlreichen Strafmandaten auswirkt. In der Zeit vom 1. bis zum 22. d. Mts. wurden zur Bestrafung aufgeschrieben: 16 Kraftwagenführer, die keinen Fahrberechtigungsschein besitzen, 16 andere, die noch keine Fahrerlaubnis hatten, 7 wegen Führung einer unvorschriftsmäßigen Nummer, 3 wegen Verstänkerns der Straßen mit Benzindüften, 2 wegen unvorschriftsmäßiger Benutzung der Signale, 2 wegen Nichtbeleuchtung der hinteren Wagennummer, einer wegen zu schnellen Fahrens, einer wegen Benutzung der vollen Reflektoren in der Stadt, 4 wegen unvorschriftsmäßigen Fahrens.

✕ **Von Kohldieben erschossen.** In der Nacht zum Sonntag waren Diebe bei einem Landwirt in Zalasewo bei Schwersenz in den Kohl geraten. Der verheiratete Schwiegersohn des Landwirts, der Sergeant Klicha aus Strasburg, der bei seinem Schwiegervater zufällig zum Besuch war, machte sich um 11 Uhr mit seiner jugendlichen Schwägerin auf, um die Diebe festzustellen oder festzunehmen. Als er die Diebe erblickte, rief er ihnen „Halt" zu und wollte sich ihnen nähern. In demselben Augenblick fiel ein Schuß, der ihm in die Brust drang, so daß er schwerverletzt zusammenbrach. Klicha wurde in die Wohnung seines Schwiegervaters geschafft, starb jedoch schon nach wenigen Stunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Strzelecka 28 (fr. Schützenstr.) ein Teppich und mehrere Gardinen im Werte von 12 Millionen M.; aus einer Wohnung in der ul. Działyńskich 8 (fr. Naumannstr.) ein grauer Herrenüberzieher, ein grünlicher Damenmantel, ein schwarzes halbseidenes Kleid und Wäsche im Werte von 7½ Millionen M.; aus einer Wohnung in der ul. Patrona Jackowskiego 37 (fr. Nollendorfstr.), während die Familie auf Reisen war, aus einem Schreibtische 24 silberne Kaffeelöffel, gez. W. G., 1 goldene Schlipsnadel, gez. M. S., 1 silberner Obstkorb, 1 silbernes Medaillon mit silberner Kette, 1 silbernes Medaillon in Herzform mit Kette und eine Stahluhr; aus dem Keller des Hauses Glogauer Str. 106 ein Paar schwarze Kutschgeschirre mit Nickelbeschlag und ein Paar braune Pferdeleinen im Werte von 15 Millionen Mark.

✕ **Auf frischer Tat erwischt** wurden gestern zwei Lodzer Einbrecher, namens Stanislaus Tosta und Stanislaus Walczak, als sie in eine Wohnung des Hauses Gartenstraße 10 eingedrungen waren, um dort zu stehlen.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend: 24 Dirnen, 8 Betrunkene, 7 Personen wegen Umhertreibens, 1 Bettler; am Sonntag: 17 Dirnen, 6 Betrunkene und 2 Bettler.

---

* **Altkloster**, 22. September. Die Neutom. „Kreisztg." berichtet: Der frühere Missionar, Pfarrer Kasten hier erhielt am 1. d. Mts. den Ausweisungsbefehl mit einer Frist von 48 Stunden. Auf seine Vorstellung beim Wojewoden in Posen kam dieser Befehl nicht zur Ausführung. Aber am 7. Sept. wurde Pastor Kasten tatsächlich ausgewiesen. Am 16. Sept. wurde er telegraphisch wieder zurückgerufen. So ist er jetzt wieder in Altkloster.

p. **Altraden**, 20. September. Seit langer Zeit wurde am 16. September hier wieder ein Diözesan-Missionsfest für den Kirchenkreis Mogilno abgehalten. In erfreulicher Weise beteiligten sich fast alle Gemeinden des Kirchenkreises mit ihren Pfarrern und vielen Gemeindegliedern an diesem Fest, so daß es sich zu einer erhebenden Kundgebung evangelischen Glaubenslebens gestaltete. Leider hatte der in Aussicht genommene Festredner, Missionsinspektor Beyer aus Berlin, der seine Mitwirkung zugesagt hatte, wegen Einreiseschwierigkeiten nicht kommen können. Das Fest wurde durch einen Festgottesdienst in der dichtgefüllten Kirche eingeleitet. Pfarrer Schmidt-Josephowo hielt die Festpredigt, in der er die Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit der deutschen Missionsarbeit im Unterschiede von anderen Missionsmethoden hervorhob. Am Nachmittag fand eine Nachfeier gleichfalls in der gut besuchten Kirche statt. Nach einer biblischen Ansprache des Pfarrers Krueger-Schetzingen gab Superintendent Diestelkamp-Inowrocław in packender Darstellung einen Missionsbericht über die Arbeit der Berliner Mission in China, in dem er besonders zeigte, wie freudig und dankbar gerade die deutsche Mission von dem Volk der Chinesen begrüßt wird, und wie wichtig es darum ist, daß dieses Werk von dem deutschen Volke unter allen Umständen zu erhalten gesucht wird. Mit einem Schlußwort des Ortspfarrers Reder und Gebet schloß die Versamm-

lung. Beide Feiern wurden verschönt durch Gesänge des bewährten Kirchenchors und Jungfrauenvereins. An Sammlungen für die Berliner Mission wurden aufgebracht: von Altraden durch die Frauenhilfe, den Jungfrauenverein, die Konfirmanden, den Kindergottesdienst insgesamt 1 669 500 M., von Kaisersfelde 1 100 000 M., von Schetzingen 925 400 M., von Mogilno 540 000 M., von Strelno 400 000 M., von Tremessen 200 000 M., von Josephowo 50 000 M. Das Festopfer am Vormittag betrug 743 000 M., am Nachmittag 618 000 M. Im ganzen konnten dem Superintendenten Diestelkamp als Vorsitzenden des Evangelischen Missionsverbandes in Polen 6 095 900 M. als Liebesgabe des Kirchenkreises zur Weitergabe an die Berliner Mission überreicht werden. Am Abend vereinigten sich die Festgäste, sowie die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften Altradens im Pfarrhause zu einem Abendbrot, für das die opferwillige Gemeinde in überaus reichem Maße den Tisch gedeckt hatte.

* Dirschau, 22. September. In geheimnisvolles Dunkel gehüllt bleibt das Vorkommnis mit dem brennenden Strohstaken und dem darauf gefundenen völlig entkleideten Kinde, von dem wir berichteten. Die dieserhalb in Haft genommene 55 Jahre alte Frau Pruczkowska aus der Zeisgendorferstraße mußte aus der Haft wieder entlassen werden, weil sie jede Beteiligung hieran abstreitet. Allem Anschein nach ist diese Frau aber geistig nicht ganz normal, und es ist deshalb bisher nicht festzustellen gewesen, ob sie als Täterin in Frage kommt. Die Kleider des in der Genesung befindlichen Kindes konnten bisher nicht wieder ermittelt werden.

* Inowrocław, 22. September. Wir berichteten dieser Tage aus Güldenhof, daß auf dem Wege bei Krenzoly die Leiche einer Frau gefunden worden sei. Die gerichtliche Leichensektion hat nun ergeben, daß die Ermordete die etwa 20 bis 30 Jahre alt und von mittlerem Wuchs war, in der Weise getötet wurde, daß ihr mit einem gewöhnlichen Taschenmesser der Hals durchschnitten wurde. Dem Morde scheint eine Vergewaltigung vorangegangen zu sein. Der Mord muß vor mehreren Tagen verübt worden sein, und zwar wahrscheinlich auf dem Felde, worauf der Mörder sein Opfer in den Graben getragen und mit Erde beschüttet haben mag. Die Ermordete war bekleidet mit einer weißgestreiften Bluse, einem dunkelbraunen, an den Seiten mit Bändern benähten Kleide, weißen Strümpfen und einem ziegelroten, mit stahlblauem Stoff unternähten Hut. In den Haaren der Leiche befand sich eine etwa 4 Zentimeter lange Nadel. Außerdem wurde bei der Leiche ein Zettel mit einem Namen gefunden. Personen, die irgend welche Angaben über den geheimnisvollen Mord machen können, wollen sich bei der Kreispolizei, Inowrocław, Solankowa 16, melden.

p. Obornik, 23. September. Gestohlen wurde in der vergangenen Nacht beim Landwirt Mierzniacka in Blakzyn (fr. Bialenschin) eine 4jährige, 1,57 m große Fuchsstute, mit einem Stern auf der Stirn im Werte von 30 Millionen Mark.

pw. Sadke, Kr. Wirsitz, 23. September. Am Sonntag, 16. d. M., feierte der Kreisverband Netzedistrikt des Jugendbundes für entschiedenes Christentum sein Herbstverbandsfest. Bei schönem, sonnigem Wetter waren die Jugendbündler von nah und fern, mit Eisenbahn und Wagen unter fröhlichem Liederklang hierher gekommen, um zunächst am Festgottesdienst, in dem Pastor Mund-Vandsburg die Festpredigt übernommen hatte, teilnehmen zu können. Etwa 200 auswärtige Jugendbündler waren erschienen, auch der Posaunenchor aus Josephsruh. Im geschlossenen Zuge, der Posaunenchor voran, ging es unter dem Klange des Liedes „Gott ist die Liebe" in die von einigen jungen Mädchen aus Sadke festlich geschmückte Kirche, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Verschönt wurde der Gottesdienst durch Chorgesänge des gesamten Verbandes, wie des Jugendbundes Nakel. Es war eine gesegnete Feierstunde im Gotteshause, mit der das eigentliche Fest eingeleitet wurde. Die Hauptfeier sollte in Lodzia stattfinden.. Nach gemeinsamem Mittagessen wurde die Geschäftsstunde abgehalten, um dann nach der Kaffeepause zu der großen Evangelisationsversammlung im Saale des Herrn Teßmer alle Festteilnehmer zu vereinigen. Als Thema war aufgestellt „Wahres Jugendglück". Nach Eröffnung der Versammlung durch den Verbandsvorsitzenden Kaufmann Bigalke-Nakel und einer vorbereiteen Ansprache behandelten Pastor Mund-Vandsburg und Wendt-Sadke das gestellte Thema. Der Saal war von den etwa 1000 Menschen überfüllt, und mancher konnte nur von draußen den Ausführungen lauschen, die tief zu Herzen drangen und in manchem Jugendlichen wie auch Alten den Entschluß wachrief, das wahre Glück, das ewige Leben, sich voll und ganz schenken zu lassen. Ergreifend waren auch die Zeugnisse einzelner Jugendbündler, die es selbst bezeugten, daß, wer den Herrn Jesus hat, der ist wahrhaft glücklich. Das wurde auch in den gemeinsamen Chorgesängen, die überwältigend wirkten, bezeugt, wo eine große Schar junger Männer und Jungfrauen ihre Stimmen erschallen ließen zur Ehre des Heilandes. Auch die Nachmittagstunden waren Höhepunkte, und Gottes Geist wirkte sichtbar in der Versammlung.

---

* Danzig, 22. September. In der Nacht zum Montag voriger Woche wurde der polnische Zollkutter, der in der Mottlau bei Strohdeich in Danzig festlag, von der Kette mittels Zerschlagens des starken Schlosses gestohlen. Der Bootsmann, der eigentlich auf dem Schiffe bleiben sollte, hatte es vorgezogen, die Nacht in seiner Wohnung zu verbringen. Der Räuber, der 18jährige Pioch aus Danzig, und seine beiden sehr jugendlichen Kumpane, denen gegenüber er sich als „Kapitän" aufspielte, und die ihm blindlings gehorchten, fuhren durch den Hafenkanal bei Neufahrwasser. Weil es das wohlbekannte polnische Zollfahrzeug war, ließ man es ungehindert passieren. Sie fuhren um Hela herum, um höchstwahrscheinlich das Boot im Auslande zu verkaufen. Vor Rixhöft bemerkten sie jedoch, daß der Benzinvorrat zu Ende ging und kehrten um. Bei Rewa gerieten sie auf Sand und ein mitleidiger Fischer schleppte sie ab. Für seine Mühe schenkten sie ihm großmütig ein Segel im Werte von 50 Millionen Mark. Die Kriminalpolizei hatte ihren Aufenthalt bald entdeckt. Ebenso fanden sie bei einem Oslaniner Fischer von den Räubern im Stall vergraben eine Kiste mit wertvollem Inventar des Kutters. Die jugendlichen Helden hatten schon das Weite gesucht, und wie die „Danz. N. N." hören, ist es der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, sie festzunehmen. — Nach einer anderen Meldung sollen die drei Schiffsräuber mit dem Kutter, der einen Wert von fast 3 Milliarden hat, sogar bereits in Deutschland gewesen sein, um ihn dort zu verkaufen, was ihnen aber nicht gelang.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Die polnische Gänseausfuhr nach der Tschechoslowakei hat Mitte dieses Monats bereits begonnen. Zu diesem Zwecke sind mehrere neue Gesellschaften gegründet worden.

Neue polnische Einfuhrverbote. Das Landwirtschaftsministerium hat die Einfuhr und den Transit von Rindfleisch und Rinderprodukten in rohem Zustande, sowie von Knochen und Dünger jeglicher Art aus Rußland, der Ukraine, Weißrußland und Litauen verboten. Ein Einfuhrverbot für Personenautomobile, Seiden und Früchte steht bevor.

Eine schwimmende russische Ausstellung wird von der Nordwest-Handelskammer organisiert und wird voraussichtlich Stockholm, Kopenhagen, Christiania, Rotterdam, Antwerpen, Barcelona, Marseille, Genua, Neapel, Athen und Konstantinopel anlaufen. Eine zweite Reise wird von Odessa über Konstantinopel nach Brasilien und Argentinien geplant.

Verkehr.

Von der russischen Schiffahrt. Seit Beginn der Sommerschiffahrt sind im Petersburger Hafen bis Mitte August d. Js. rd. 300 Dampfer eingelaufen, davon eine ganze Anzahl unbefrachtet, um Exportgüter zu holen. Eingeführt wurden über Petersburg bis zu dem bezeichneten Zeitpunkt über 6,4 Millionen Pud und ausgeführt über 7,9 Millionen Pud. Am stärksten ist immer noch die Beteiligung der deutschen Dampfer in dem Petersburger Hafenverkehr. Die Schiffahrtsgesellschaft, die den Verkehr zwischen Petersburg, Königsberg, Stettin und Hamburg unterhält, hat ihr Aktienkapital um 200 Millionen Mark erhöht und die Zahl ihrer Dampfer auf 38 gebracht. Auch der Verkehr im Hafen von Sebastopol belebt sich allmählich. So wurden im Juni im Einlauf bereits 39 Dampfer der staatlichen Schiffahrt und 14 Privatdampfer gezählt. Ausländische waren allerdings nicht darunter. Einen verhältnismäßig großen Umfang hat bereits der Güter- und Passagierverkehr zwischen dem Schwarzen und Asowschen Meer angenommen. Im August wurde eine seit 9 Jahren stillgelegte Schiffahrtslinie zwischen Odessa und Rostow mit Anlauf der Zwischenhäfen wieder eröffnet.

Wirtschaft.

Die Erhebung einer polnischen Kohlensteuer in Natura wird, wie wir aus Warschau erfahren, in dortigen Regierungskreisen in Erwägung gezogen, weil die bisherige Art der Eintreibung der Steuer für die geförderten Kohlen auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die lettländische Flachsernte wird trotz des nicht gerade günstigen Wetters dieses Sommers im allgemeinen gut ausfallen, soweit sich bis jetzt übersehen läßt. Am besten sind die Aussichten in Semgallen, wo allerdings die Anbaufläche nicht groß ist. Dann folgt Lettgallen und dann Livland. Die gesamte Flachsernte Lettlands wird bei einer Anbaufläche von 171 636 Lofstellen auf 1,6 Millionen Pud, d. h. 27 500 bis 28 000 Tonnen fertigen Flachses geschätzt, würde also etwa 8000 To. mehr betragen als im Vorjahre. An Leinsaat hofft man, im ganzen 1,7 Millionen Pud zu gewinnen.

Industrie.

In der polnischen Gummi-Industrie sind drei Fabriken mit 300 Arbeitern im Betriebe. Eine liegt aus Mangel an Betriebskapital still, und eine weitere ist noch im Bau und kann erst in einiger Zeit in Betrieb genommen werden. Die Gesamtproduktion auf monatlich 6000 Meter Gewebe, 20 000 Stück Schläuche, 13 000 Kilogramm technische Gummierzeugnisse und 8000 Stück Raddecken. Die von polnischen Blättern ausgesprochene Erwartung, daß der inländische Bedarf schon bald von der heimischen Gummi-Industrie gedeckt werden könne, dürfte sich wohl als reichlich optimistisch erweisen.

Ein Kongreß der polnischen Emaillefabrikanten fand am 3. d. Mts. in Anwesenheit von Vertretern des Handelsministeriums in Kattowitz statt. Gegenstand der Verhandlungen war hauptsächlich die Frage, wie der Export von Emaillegeschirr zu heben sei, um die Werke im Betrieb halten zu können. Die bisherigen Hauptabnehmer waren Rumänien und die baltischen Staaten. In Zukunft soll die Ausfuhr vor allem nach Asien und Südamerika gelenkt werden, wohin auch vor dem Kriege bereits einige der polnischen Fabriken geliefert haben. Beabsichtigt ist die Gründung eines Verbandes, dessen Mitglieder sich verpflichten sollen, Emaillegefäße nur aus Inlandsblechen herzustellen.

Geldwesen.

Das Interesse des ausländischen Kapitals für Polens Industrie und Bankwesen ist seit einiger Zeit wieder in lebhafter Zunahme begriffen. Auf der anderen Seite zwingt auch der immer stärker auftretende Geldmangel in Polen die Banken und Industrieunternehmungen in größerem Umfange, ausländisches Kapital hinzuzuziehen. Sehr beachtenswert ist vor allem die Initiative, die neuerdings, zum Teil auf Anregung Korfantys die österreichische Finanzwelt in Galizien aber auch in dem übrigen Polen entfaltet. Von dem Eindringen Bosels in die galizische Petroleumindustrie und die polnisch-oberschlesische Schwerindustrie (Königs- und Laurahütte) ist hier schon kürzlich des näheren die Rede gewesen. Das Interesse der wiedererstarkten österreichischen Kapitalsmacht an Galizien ist besonders begreiflich, da man das dortige Terrain von früher her gut kennt. Bemerkenswert ist aber, daß in letzter Zeit auch englische, amerikanische und französische Finanzgruppen Beteiligungen an der Industrie oder den Banken im übrigen Polen durch die Vermittelung Wiens suchen und gefunden haben. In einem Artikel des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" werden zusammenfassend die folgenden Beteiligungen teils österreichischen, teils mit anderen ausländischen Finanzgruppen verbundenen Wiener Kapitals erwähnt: Wiener Kreditanstalt an der Warschauer Diskontobank, an der Galizischen Hypotheken-Aktienbank in Lemberg und Krakau, an der Schlesischen Bank in Bielitz, an der A.-G. Zieleniewski & Co., Krakau, an der Munitionsfabrik „Pocisk". Die Bodenkreditanstalt an der Galizischen Bank, an der Ersten polnischen Lokomotivfabrik in Chrzanow, an dem Petroleumkonzern „Karpathen"-Schodnica und an der Zementfabrik in Szczakowa, die N. O. Eskonto-Gesellschaft an der polnischen Bank für Industrie, an der Bismarckhütte und an der Kattowitzer Bergbaugesellschaft, die Wiener Depositenbank an der polnischen Industriebank, an der Österreich-Polnischen Bank, der Silesiagrube in Dziedzice und an der Omnium-Petroleumgesellschaft, die Firma Rothschild an den Petroleumgesellschaften Nafta, Galizien und Fanto, die Unionbank an der Umsatzbank in Krakau, der Königs- und Laurahütte, die Länderbank an der Allgemeinen Kreditbank in Krakau und Lemberg. Der Wiener Bankverein hat seine Filialen in Polen in selbständige polnische Unternehmen unter Heranziehung des belgischen Kapitals umgewandelt. Die Lombard- und Diskontobank hat gemeinsame Interessen mit der Schlesischen Diskontobank in Bielitz und Krakau und finanziert das östliche Hüttenwesen und die Textilindustrie. Die Verkehrsbank ist stark an den polnischen Petroleumgruben und die Merkurbank an der Kommerzbank in Krakau sowie an der Firma Zieleniewski beteiligt. Das genannte Blatt schätzt die hier aufgeführten Beteiligungen insgesamt auf einige hundert Milliarden polnische Mark. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß an der Wiener Börse die Aktien sämtlicher bedeutender Industrieunternehmen Galiziens notiert werden. — Hingewiesen werden muß ferner auf das gesteigerte italienische Interesse namentlich an der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie. Dies datiert seit der Ruhrbesetzung, die bekanntlich die Versorgung der italienischen Industrie mit mineralischen Brennstoffen außerordentlich erschwert hat. Aber auch der oberschlesische Kohlenexport stieß auf Schwierigkeiten, die an der tschechoslowakischen Grenze bereitet wurden. Vor kurzem hat sich nun mit Unterstützung der italienischen Regierung ein besonderes Konsortium für den Ankauf von Kohlenterrains in Polnisch-Oberschlesien gebildet, und das polnische Handelsministerium hat von diesem Konsortium bereits ein Angebot erhalten. Laut „Gazeta Warszawska" werden voraussichtlich Vertreter der polnischen Regierung diesem Konsortium beitreten. — Das Interesse des englischen Kapitals war, abgesehen von gewissen Beteiligungen an der Textilindustrie (Widzewer Baumwollmanufaktur) seit einiger Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Neuerdings macht sich aber ein Überfluß von verfügbaren Geldern in England bemerkbar, welche die dortige Finanzwelt in Form von Staats- und Privatanleihen zum Wiederaufbau der polnischen Industrie und Landwirtschaft anzulegen geneigt ist. In London hat sich bereits unter der Firma M. Davidson Litd. eine A.-G. gebildet, welche die genannten Zwecke verfolgt.

Milliardennoten in Deutschland. Die deutsche Reichsbank wird in den nächsten Tagen mit dem Ausgabedatum vom 15. Dezember 1922 neue Noten in Umlauf bringen. Es handelt sich um die ursprünglich auf tausend Mark lautenden Noten, die auf der Vorderseite das Kopfbild des Nürnberger Münzmeisters Jörg Herz tragen und auf sehr gutem Wasserzeichenpapier gedruckt sind. Diese Tausendmarknoten werden mit einem Überdruck versehen sein, der in roten Buchstaben ausgeführt ist und von links unten bis nach rechts oben gehend folgende Aufschrift trägt: „Eine Milliarde Mark." Diese Tausendmarknoten sind noch nicht in den Verkehr gelangt und sind daher sehr schwer zu fälschen.

Abtragung der inneren Schulden Rumäniens? Unser Bukarester Korrespondent schreibt: „In hiesigen kaufmännischen Kreisen ist ddas Gerücht verbreitet, daß die Regierung im Herbst ernstlich an die Bezahlung der inneren Schulden gehen wolle, die sich auf nahezu 2 Milliarden Lei belaufen. Bisher ist die Lösung dieser Frage hauptsächlich daran gescheitert, daß der Finanzminister, der bekanntlich ein unbedingter Anhänger der Deflationspolitik ist, die Ausgabe von Banknoten ohne entsprechende Deckung nicht zulassen wollte. Wie „Adeverul" nun meldet, hofft die Regierung zu oben bezeichneter Zeit um diese Schwierigkeit in der Weise herumzukommen, daß sie einen vom Ausland stammenden Goldschatz (gemeint ist wahrscheinlich der rumänische Anteil an dem Goldvorrat der ehemaligen Österreichischen-Ungarischen Bank) zur Deckung für eine neue Emission verwenden will. Außerdem erwartet man zu diesem Zeitpunkt die Liquidierung eines größeren auswärtigen Kredits von 18 Millionen Pfund Sterling, nach jetzigem Kurs über 8 Milliarden Lei. Diese letzte Nachricht ist, wie wohl aus angeblich zuverlässiger Quelle stammend, mit einiger Reserve aufzunehmen.

Börse.

Ostdevisen in Berlin, 21. September. Auszahlung Bukarest 517 400 G., 522 600 B., Riga 432 800 G., 437 200 B., Reval 314 500 G., 317 000 B., Kowno 10 400 000 G., 10 600 000 B., Kattowitz 43 550 G., 44 450 B., Polennoten 43 100 G., 44 900 B., lettische Rubel 412 000 G., 428 000 B., estnische Mark 299 000 G., 311 000 B., Litauen 10 000 000 G., 10 400 000 B.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	24. September	21. September
Bank Przemysłowców I. Em. . .	17 000	17 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	35 000—37 000	—,—
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	20 000	20 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	4700	4700
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	—,—	35 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	12 000—13 000	12 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	14 500—13 500—14 000	15 000—15 500
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	—,—	5000
Centrala Skór I.—V. Em.	27 000	27 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	7250—6500—7000	7250—7350 —,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	57 000—55 000	60 000—58 000
Iskra I.—III. Em.	52 000	50 000—52 000
Juno I.—II. Em.	15 500	—,—
Lubań. Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	800 000	800 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	450 000	480 000—450 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	28 000—30 000	—,—
Młynotwórnia I.—V. Em.	40 000	42 000—40 000
Płótno I.—II. Em.	23 500—24 000—23 000	24 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	12 000—13 000	12 000
Patria I.—VIII. Em.	17 000	17 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	40 000—39 000	40 000
Pneumatik I.—III. Em.	4000	4000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . . .	40 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	100 000	100 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	45 000—42 000	45 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	7000	7000

Tendenz: nicht einheitlich.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 24. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	500 000—540 000	Roggenkleie . . .	240 000
Weizen . . .	870 000—910 000	Hafer	460 000—490 000
Weizenmehl	1 550 000—1 650 000	Viktoriaerbsen	1 200 000—1 800 000
Roggenmehl . (inkl. Säcke)	870 000—920 000	Eßkartoffeln . . .	85 000—90 000
Weizenkleie . . .	250 000	Fabrikkartoffeln .	70 000—80 000
		Tendenz: fest.	

Gerste umsatzlos, geringes Roggenangebot und lebhafte Nachfrage

Danziger Frühkurse vom 24. September.

Die polnische Mark in Danzig 50 000
Der Dollar in Danzig 150 000 000

Warschauer Vorbörse vom 24. September.

Deutsche Mark in Warschau 0,0015
Dollar 283 500
Englische Pfund in Warschau . . 1 203 000
Schweizer Franken in Warschau . . . 50 900
Französischer Franken in Warschau . 17 100

Warschauer Börse vom 22. September.

Devisen:

Belgien	14 600	Paris	17 250—17 200
Berlin	0.00185	Prag	8625
London . .	1 364 500—1 303 500	Schweiz	50 900
Neuyork	297 500—287 000	Wien	4.07½
Holland	113 000	Italien	12 900

Geschäftliche Mitteilungen.

= Die Handelsschule in Posen, ul. 27. Grudnia 4 (Gartenvilla) beginnt in allen Abteilungen mit neuen Kräften unter gleichzeitiger Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Fächer und des polnischen Sprachunterrichts. Anmeldungen können auch in dem Privatbureau des Direktors, Św. Wojciech 29 (fr. St. Adalbertstr.), täglich von 2 bis 3 Uhr erfolgen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.